

der Minderheitsgruppierung fern. Bisher haben die Orthodoxen im Bunde mit den Zionisten und den übrigen oben erwähnten Parteien das Rückgrat der jüdischen Vertretung im Sejm gestärkt und durch die gemeinsame Arbeit mit den übrigen Minderheiten teilweise wirtschaftliche, kulturelle und politische Erfolge erzielt. Sollten jetzt die Orthodoxen, die nach allgemeiner Berechnung wohl annähernd die Hälfte der gesamten jüdischen Stimmen auf sich vereinen, sich tatsächlich dem Minderheitenblock entziehen, so würde, nach Abzug der übrigen jüdischen Parteien, die sich dem Block entziehen, eine verschwindend geringe Summe von jüdischen Stimmen für die Blockrichtung verbleiben. Dieser Umstand führt unweigerlich dazu, daß die Interessen der Juden geschwächt und schon die Möglichkeit, günstige Bedingungen bei den Verhandlungen mit den übrigen nationalen Minderheitengruppen zu erzielen, bedenklich gering wird. Ein zweiter nicht zu unterschätzender Faktor ist die bereits vorhandene Verstimmung zwischen den Ukrainern — die mit einer Bevölkerung von 7 Millionen die größte Minderheit in Polen darstellen — und den Juden, die durch den Schwarzbartprozeß entstanden ist. Die Ukrainer nutzen diese Gelegenheit weidlich aus und weisen mit geringschätzender Miene auf den Verrat der Orthodoxen hin, wodurch sie das jüdische Prestige unter den übrigen Minderheiten schädigen. Wer die Zweckmäßigkeit der Anteilnahme der Juden an dem Minderheitenblock versteht, wird betrüblich auf diesen unerfreulichen Zustand blicken, und es wäre zu wünschen, daß die orthodoxen Juden in letzter Stunde das Wohl und Wehe der gesamten polnischen Judenheit im Auge behalten und durch ihre Seitensprünge die Lage der Juden in Polen nicht verschlechtern. Denn darüber müssen wir uns klar sein, daß der polnische Staat den Juden von selbst, oder gar aus Dankbarkeit, nie mehr Rechte einräumen wird, als sie sich bis heute erkämpft haben.

Aus aller Welt

Gegen den ungarischen Antisemitismus in der Tschechoslowakei. Prag. Im Parlament der Tschechoslowakei richtete der Deputierte Necas an die Regierung die Frage, was sie gegen jene ungarischen Irredentisten in Karpathorußland zu unternehmen gedenke, die eine gefährliche Judenhetze betreiben, den Juden für den Fall der Wiederbesetzung dieses Ländchens durch Ungarn die schwersten Repressalien androhen, wenn sie sich nicht schon jetzt der Irredenta-Bewegung anschließen.

Kongreß der jüdischen Orthodoxie in Amerika. New York. Am Sonntag wurde hier die National Convention der Union orthodoxer jüdischer Kongregationen Amerikas eröffnet. Der Präsident der amerikanischen Arbeiter-Föderation, William Green, hielt ein Referat über die Fünftage-Arbeitswoche, die den Juden die Beobachtung des Sabbath ohne Einbuße an Einkommen ermöglichen würde. Vor allem aber erstrebe die gesamte amerikanische Arbeiterschaft die Fünftage-Arbeitswoche, die ein ethisches Arbeitsprinzip verwirklichen wird. Richter Irving Lehman, Präsident des Wohlfahrtsausschusses, berichtete über die religiösen Auswirkungen der Tätigkeit dieses Ausschusses. Ueber jüdischen Unterricht sprachen der Präsident der Jizchak Elchanan Jeschwa Dr. Bernhard Revel, Rabb. Dr. Leo Jung und Dr. Seidal.

Der jüdische Bürgermeister von Magdeburg. Magdeburg. Ueber den Bürgermeister von Magdeburg, Professor Dr. Landsberg, schreibt das „Jüdische Wochenblatt“: Der erste besoldete Stadtrat in Preußen war Professor Dr. Landsberg, der im Mai 1917 zum Stadtrat in Magdeburg gewählt wurde. Auf seine Wahl hatten die Juden keinen Einfluß; denn Magdeburg hat immer nur einen geringen Prozentsatz Juden gehabt. Zur Zeit etwa 0,8 Prozent. Im Oktober 1927 wählte die Stadtverordnetenversammlung den Stadtrat Professor Dr. Landsberg zum Bürgermeister. Selbst die deutschvölkischen Stadtverordneten erklärten, daß sie gegen seine Person und seine Leistungen keine Einwendungen hätten und nur aus „Weltanschauungsgründen gegen ihn stimmen würden. „Landsberg ist am 29. Mai 1865 in Breslau geboren; seine Fächer sind Mathematik, Nationalökonomie und Statistik. Als Bürgermeister ist er der Finanzminister Magdeburgs. Landsberg ist auch seit einigen Jahren der Vorsitzende des israelitischen Witwen- und Waiservereins.

Nahum Sokolow in Prag. Prag. Die Prager Wochenschrift „Selbstwehr“ teilt mit, daß der Präsident der zionistischen Weltexekutive, Nahum Sokolow, demnächst die Tschechoslowakei besuchen wird. Er trifft voraussichtlich am Mittwoch, dem 14. Dezember, in Prag ein. An dem gleichen Tage findet im Saale der Produktionsbörse eine große Versammlung statt. Für den nächsten Tag sind verschiedene offizielle Empfänge vorgesehen. Am 16. Dezember begibt sich Sokolow nach Brünn, von dort am 18. Dezember, nach Bratislava (Preßburg). In Bratislava wird er an der 4. Keren-Hajessow-Konferenz teilnehmen. Wahrscheinlich wird Sokolow auch noch andere Städte der Tschechoslowakei besuchen.

Die Schänder der Lüneburger Synagoge ermittelt. Berlin. In der Nacht vom 18. zum 19. November, wurden an verschiedenen Stellen der Stadt Lüneburg Hakenkreuze an Häusern und Türen angemalt und die Synagoge in nicht wiederzugebender Weise besudelt. Einige Täter sind über das Synagogengitter gestiegen und haben die Eingangstür beschmutzt. Auf die Steinplatte vor der Eingangstür wurde mit Oelfarbe ein großes Hakenkreuz gemalt. In dem zur Synagoge gehörigen Garten wurde an einem Baum ein großer roter Lappen befestigt, über diesem ein weißes Tuch mit aufgemalten Hakenkreuz. Die Ortsgruppe des Centralvereins hat für die Ergreifung der Täter eine Belohnung ausgesetzt, und es ist bereits gelungen, sie zu ermitteln. Es sind Angehörige der Nationalsozialisten, welche in Lindemanns Restaurant an dem fraglichen Freitagabend eine Versammlung hatten. Fünf junge Burschen im Alter von 18 bis 25 Jahren, haben ihre Tat bereits der Polizei eingestanden. Ein sechster Täter ist bislang noch nicht überführt.

Konferenz des jüdischen Erziehungswesens in England. London. In Manchester wurde eine von 200 Delegierten besuchte Konferenz des Central Komitees für jüdisches Erziehungswesen in England abgehalten. Den Vorsitz hatte Dr. A. Eichholz inne. Prof. S. Brodetsky, von der Universität Leeds hielt einen Vortrag über die Ziele der jüdischen Erziehung. Rabbiner M. Gollop behandelte die Frage der Lehrerausbildung. Rev. Dr. A. Cohen sprach über Erziehung der jüdischen Mädchen. Die Abendsitzung war den Berichten der Provinz-Komitees gewidmet. Erörtert wurden auch die Ernennung von Unterrichtsleitern in den Provinzen und die Frage der Herausgabe geeigneter Lehrbücher.

Missionstätigkeit in Berlin. Berlin. Missionsprediger Weinhausen versandte vor kurzem eine Einladung zu einer Versammlung in Berlin im Zusammenhang mit der Bewegung für den „Verein der an Christus glaubenden Juden“. Es handelt sich um eine Firmenänderung; bisher lautete der Name dieser Vereinigung „Judenchristliches Zeugnis an Israel“. Ihr Hauptsitz befindet sich in London. Zweigstellen bestehen in aller Welt. Die Bewegung ist nicht neuen Datums, sondern besteht seit ungefähr 35 Jahren. Sie soll angeblich 150 000 Mitglieder in der ganzen Welt zählen. In Berlin sollen es etwa 300 Personen sein, die von der Kan-

zel und vom Katheder die Lehre der Vereinigung verkünden. Im nächsten Jahre wird ein Kongreß dieser Vereinigung in Hamburg stattfinden. In der Oranienburger Straße zu Berlin besitzt die Vereinigung ein zweistöckiges Haus, in welchem von Zeit zu Zeit Missionsversammlungen abgehalten werden.

Ausdehnung der missionären Tätigkeit der Juden-Christen auf Karpathorußland. Prag. Aus den Städten Karpathorußlands wird mitgeteilt, daß zahlreiche Missionare dort eingetroffen sind und eine rege Propaganda für die Bildung eines sogenannten „Vereins der an Christus glaubenden Juden“ nach Budapester Muster entfalten. Vor kurzem wurden Nachrichten in die Welt gesetzt, daß die Bewegung der Juden-Christen in Ungarn große Dimensionen angenommen hat und Tausende von Mitgliedern zählt. In Wirklichkeit handelt es sich um seit Jahrzehnten bestehende Vereinigungen von Missionaren und getauften Juden, wie sie überall in der Welt anzutreffen sind.

Das Slater-Gesetz vom Unterhaus in dritter Lesung angenommen. London. Das Unterhaus hat das vom Minister für Schottland eingebrachte Gesetz, durch welches das Wiederaufnahme-Verfahren im Falle des aus Deutschland stammenden Juden Oskar Slater ermöglicht werden soll, in dritter Lesung angenommen. Dadurch wird Slater die Möglichkeit völliger Rehabilitierung gegeben. Slater wurde bekanntlich im Jahre 1908 wegen angeblichen Raubmordes auf Grund eines sehr lückenhaften Indizienbeweises zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglichem Kerker begnadigt. Vor einigen Tagen wurde er aus dem Gefängnis in Glasgow entlassen, nachdem die seinerzeitigen Belastungszeugen ihre ursprünglichen Angaben widerrufen haben.

Doppeljubiläum von Morris Myer. London. Anfang Januar 1928 begeht der Chefredakteur der Londoner jüdischen Tageszeitung „Zeit“ (The Jewish Times), Morris Myer, seinen 50. Geburtstag und zugleich das Jubiläum seiner dreißigjährigen journalistischen Tätigkeit. Morris Myer spielt eine große Rolle im jüdischen öffentlichen und sozialen Leben Englands. Unter dem Präsidium von Nahum Sokolow hat sich ein Komitee zur Vorbereitung einer würdigen Jubiläumsfeier gebildet.

Die jüdische Gleichberechtigung in Polen noch nicht verwirklicht

Warschau. Vor kurzem hat der jüdische Nationalrat Polens ein Schreiben an den Ministerpräsidenten Marschall Pilsudski gerichtet, in welchem um die endliche Erfüllung der von der polnischen Regierung den Juden gegebenen Versprechungen ersucht wird. Nachdem bis heute vom Ministerpräsidenten eine Antwort nicht eingetroffen ist, entschloß sich der Nationalrat zur Veröffentlichung des Schriftstückes. Der Brief lautet im wesentlichen:

„Herr Marschall! Am 19. Juli 1926 hatte der damalige Ministerpräsident, Prof. Bartel, im Sejm das Versprechen gegeben, daß die Regierung den Juden gegenüber Objektivität und Gerechtigkeit üben und den wirtschaftlichen Antisemitismus als eine auch dem polnischen Staat abträgliche Erscheinung bekämpfen werde. Die Regierung werde alle noch aus der Zeit der Zarenherrschaft und der fremden Okkupationen gegen die Juden bestehenden Beschränkungen abschaffen. Sie, Herr Marschall, waren damals Kriegsminister und gewiß mit den Ausführungen Prof. Bartels einverstanden. Die jüdische Bevölkerung hat geduldig auf die Verwirklichung dieser Zusagen gewartet, die Regie-

rung hat wiederholt kundgetan, daß sie ihren Standpunkt gegenüber den Juden nicht geändert habe. Seither sind 15 Monate verflossen; verwirklicht wurden aber nur 4 Punkte: 1. Das Zirkular des Ministers Glombinski über Beschränkungen gegen Juden an den Hochschulen wurde annulliert. 2. An dem hebräischen Gymnasium wurden die ersten drei Klassen als öffentlich erklärt (dieses Recht hätte der ganzen mustergültig geleiteten achtklassigen Mittelschule gebührt). 3. In den Grenzprovinzen sind schon jiddische und hebräische Ansprachen in Versammlungen erlaubt. 4. Das Dekret über die Bildung jüdischer Gemeinden wurde für rechtsgültig erklärt, aber in einer Formulierung, die dem Geist unserer Forderungen widerspricht.

Noch nicht erfüllt wurden folgende Postulate: 1. Die rechtlichen Beschränkungen gegen die jüdische Bevölkerung sind noch immer nicht abgeschafft, obwohl sie mit der Verfassung der polnischen Republik nicht vereinbar sind. Auf Grund eines Gesetzes aus der Zarenzeit weigern sich die Staatsbehörden, von dem Uebertritt eines Christen zum jüdischen Glauben Kenntnis zu nehmen. 2. Die Zwangssonntagsruhe, die aus Gründen des wirtschaftlichen Antisemitismus eingeführt wurde und die Juden wirtschaftlich ruiniert, ist noch immer nicht abgeschafft. 3. In Widerspruch zu den Artikeln 9 und 10 des Versailler Vertrages erhalten die hebräischen und jiddischen Schulen keine Staatszuschüsse. 4. Hebräische Mittelschulen erhalten kein Öffentlichkeitsrecht. 5. Die Wahlen zu den jüdischen Gemeindeverwaltungen in den Grenzprovinzen (außerhalb Kongreß-Polens) sind noch immer nicht ausgeschlossen. 6. Die Regierung verkündet immer noch nicht die Anwendung der Prozentnorm bei Aufnahme jüdischer Hörer an Hochschulen. 7. Der Wojwode von Posen weist die Registrierung von Juden erworbener Immobilien grundsätzlich ab. 8. Die Wochenmärkte in den Städten werden in nur von Christen bewohnte Viertel verlegt. 9. Grundsätzlich werden Juden in den polnischen Staatsverband nicht mehr aufgenommen. 10. In Widerspruch mit der in der Verfassung verankerten Gleichberechtigung der Juden wird für die Bedürfnisse der jüdischen Religion ein Staatszuschuß von drei Groschen pro Kopf bewilligt, während für die Bedürfnisse der katholischen Religion 1 Zloty 30 Groschen pro Kopf bewilligt werden; dabei sind die Juden die Hauptsteuerträger. Zum Schluß wird die Hoffnung ausgedrückt, daß Marschall Pilsudski ohne Zögern eine Antwort auf alle diese Fragen erteilen wird.“

Unterschrieben ist der Brief von den Abgeordneten J. Grünbaum und A. Hartglas auch im Namen der Deputierten Brodt, Farbstein, Dr. Feldmann, Hellmann, Lewinsohn, Dr. Rosenblatt, Stuczynski, Dr. Sziper, Dr. Weinzieher, Dr. Wjgodski, der Senatoren Körner und Rubinstein.



RIQUET

China-, Japan- und Orientwaren

Aparte Geschenke

für Weihnachten, Geburtstage u. Hochzeiten

Spezialität: Japanische Tee-Service

Jeder Teil einzeln erhältlich.

RIQUET & CO. A.-G., LEIPZIG
REICHS-STRASSE, RIQUET-HAUS